



## Grosser Rat | Voranschlag der Dienststelle für Gesundheit, Soziales und Kultur

# Sturm im Wasserglas

### SITTEN | Beim Budget 2016 bleibt der grosse Sparhammer in der Sozialhilfe aus.

Die Schaffung einer Dolmetscherzelle gemäss einem Vorschlag von CVPO und CSPO für 500 000 Franken zur Förderung der Zweisprachigkeit am Kantonsspital wird abgelehnt. Man erhofft sich, die Mehrkosten dank weniger ausserkantonaler Hospitalisierungen reduzieren zu können. Für Julien Dubuis (PLR), Vizepräsident der Thematischen Kommission, ist die vorgeschlagene Kompensation nicht realistisch. Er schlägt die Erarbeitung einer Studie vor.

Jean-Henri Dumont (Linksallianz) spricht sich ebenfalls gegen eine Dolmetscherzelle aus. Philipp Matthias Bregy (CVPO) erinnert daran, dass das Parlament eine entsprechende Motion angenommen hat: «Wenn Sie schwer krank sind, ist es wichtig, dass man versteht, was die Ärzte sagen.» Staatsrätin Esther Waeber-Kalbermatten ist natürlich für die Zweisprachigkeit: «Aber die Verbesserungen muss das Spital machen. Letztes Jahr wurde das Budget von 70 000 Franken für die Zweisprachigkeit nicht einmal gebraucht.» Mit 79 Ja gegen 44 Nein und einer Enthaltung werden beide Anträge angenommen. Dumont stellt den Antrag um zusätzliche fünf

Millionen Franken. Dieser ist chancenlos. Fakt ist, dass das Spital Wallis bereits in diesem Jahr ein grösseres Defizit haben wird als budgetiert. 2016 werden es laut Staatsrätin Waeber-Kalbermatten sicher mehr als zehn Millionen Franken sein: «Aber woher soll ich die zusätzlichen fünf Millionen Franken nehmen?» Darauf weiss auch das Parlament keine Antwort – und lehnt den Antrag mit 100 Nein gegen 20 Ja ab.

### Sozialwesen: Weniger schlimm als befürchtet

Abgeblockt werden alle Anträge der Fraktionen für Sparmassnahmen in der Dienststelle für Sozialwesen. Die CVPO und CSPO, die SVPU und die SVPO wollen zwischen drei und zwölf Millionen Franken zusätzlich kürzen. Bei der Sozialhilfe wird also weit weniger gekürzt als angedroht. Letztlich einigt man sich auf die Vorschläge der Finanzkommission (FIKO). Die in der September-Session angenommenen dringlichen Motionen, die eine allgemeine Kürzung von 2,3 Millionen Franken zur Folge haben, werden berücksichtigt, 700 000 Franken gehen zugunsten der Gemeinden. Für den erwarteten Rückgang bei der Sozialhilfe im Zusammenhang mit Massnahmen zur Bekämpfung des Sozialhilfemissbrauchs budgetiert man eine zusätzliche Entlastung von

zwei Millionen Franken, 1,4 Millionen Franken netto für den Kanton. Staatsrätin Waeber-Kalbermatten erinnert nochmals an die 2015 beschlossenen Massnahmen: «All diese Korrekturen sind ab 2016 in Kraft. Es gibt teils recht grosse Abstriche. Das Budget für 2016 ist tiefer als die Rechnung 2014.»

### Asylwesen mit einer Million weniger

Im Budget 2016 ist beim Asyl (Aufnahme und soziale Betreuung) ein Nettobetrag von 3,4 Millionen Franken vorgesehen. In der Rechnung 2012 waren es noch 266 271 Franken. Die SVPU will 3,4 Millionen Franken streichen, das Parlament stimmt der Finanzkommission zu, die eine Million Franken sparen will. 2012 war laut Staatsrätin Waeber-Kalbermatten ein Ausnahmejahr, weil man ausserordentliche Bundesgelder erhielt. Die jährlichen Kosten lagen in den letzten Jahren immer bei etwa drei Millionen Franken. Zwei Stellen für neue Sozialhilfeinspektoren werden bewilligt. Die Ausgaben in der Sozialhilfe sollen dank der Inspektoren tiefer ausfallen.

### Nachtragskredite genehmigt

Der Nachtragskredit in der Höhe von 1,5 Millionen Franken für die Subventionierung der Sozialversicherungen für das Budget 2015 wird angenom-

Date: 18.12.2015

Walliser  
☆☆ Bote

Walliser Bote  
3900 Brig  
027/ 922 99 88  
www.walliserbote.ch

Genre de média: Médias imprimés  
Type de média: Presse journ./hebd.  
Tirage: 22'213  
Parution: 6x/semaine



CANTON DU VALAIS  
KANTON WALLIS

N° de thème: 999.099  
N° d'abonnement: 1095432  
Page: 6  
Surface: 53'651 mm²

men, ebenso der Nachtragskredit von 7,693 Millionen Franken für die Rechnung 2015 der Dienststelle für Sozialwesen. Und nachträglich Geld gibt es auch für die Dienststelle für Gesundheitswesen: 17,4 Millionen Franken, die teilweise durch zusätzliche Einnahmen von 4,7 Millionen Franken kompensiert werden. hbi



**Weniger schlimm als erwartet.** Staatsrätin Esther Waeber-Kalbermatten konnte die meisten Sparanträge des Parlaments parieren.

FOTO WB



## Einheitsaktie am Ziel

Die neue WKB-Kapitalstruktur geht ohne Änderungen durch, in Anwesenheit der fast gesamten Führungsriege der WKB. Die Einheitsaktie kommt also, die Dritttaktionäre werden angemessen entschädigt. Der Kanton erhält mehr Dividende und behält die absolute Mehrheit. Im Parlament fallen in der Schlussdebatte erneut nur lobende Worte. Alle sind zufrieden. Alles ist einfach. Staatsrat Maurice Tornay erinnert aber an die vielen Steine, die aus dem Weg geräumt werden mussten. «Es waren intensive Arbeiten. Es geht um die WKB und um die Beteiligung des Kantons. Wir wollen eine Bank für unsere Walliser Wirtschaft.» Er gibt der Hoffnung Ausdruck, dass am Abend auch die Minderheitsaktionäre einen Entscheid im Sinne der Regierung und des Parlaments fällen werden. Der Beschluss über die Be-

gleitmassnahmen zur Umstrukturierung des Aktienkapitals der Walliser Kantonalbank wird mit 112 Ja (bei neun Enthaltungen) angenommen.

## Prävention verstärken

2014 entschieden sich insgesamt 377 im Wallis wohnhafte Frauen zu einem Schwangerschaftsabbruch. Das entsprach einer Zunahme von 18 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Angesichts dieser beunruhigenden Situation wird der Staatsrat in einem Postulat aufgefordert, eine umfassende Studie über die Anzahl Abtreibungen im Wallis, die betroffenen Frauen und die Gründe, welche die Frauen und Paare zu diesem Schritt veranlassen, durchzuführen. Es soll auch eine Präventionskampagne lanciert werden. Die SVPO ist dagegen, weil damit die Hemmschwelle für Abbrüche noch weiter sinkt. Mit 71 Ja gegen 26 Nein und vier Enthaltungen wird es akzeptiert. **hbi**